

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Ärztliche Versorgung verbessern

Zugewanderte ausländische Ärztinnen und Ärzte unterstützen

Beschlussvorschlag:

Zur Unterstützung für zugewanderte ausländische Ärzte und Ärztinnen und ihre Eingliederung in das Gesundheitswesen im Westerwald wird eine Beratungsstelle im Gesundheitsamt der Kreisverwaltung eingerichtet. Die Ansprechpartnerin für ärztliche Versorgung übernimmt die Beratung und die Koordination mit den unterschiedlichen Akteuren. Im Bedarfsfall werden Kosten für Sondersprachkurse und Prüfungen übernommen. Im Haushalt 2024 werden dazu 15.000 Euro eingestellt.

Begründung:

Auch im Westerwaldkreis gibt es unter den Asylsuchenden und Zugewanderten immer wieder fertig ausgebildete Ärztinnen und Ärzte. Bis sie in Deutschland als Arzt arbeiten können, sind viele Hürden zu überwinden. Es geht dabei um mangelndes Angebot an (passenden) Sprachkursen, an Hilfe für die Vorbereitung zur Kenntnisprüfung und an mangelnden finanziellen Mitteln für die Kurs- und Prüfungsgebühren (ca. 3000 Euro) sowie Fahrtkosten. Ohne Hilfe scheitern viele oder brauchen viele Jahre.

Es ist auch im Interesse des Westerwaldkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger, diese medizinischen Fachkräfte möglichst schnell in das Gesundheitswesen zu integrieren. AUCH DIES IST ein Mosaikstein in dem Bemühen, die ärztliche Versorgung im Westerwaldkreis flächendeckend zu optimieren. So profitieren im Ergebnis alle davon, wenn diese Mediziner möglichst schnell wieder in ihren Ausbildungsberufen arbeiten können.

Eine Beratungsstelle für ausländische Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt könnte zielgenau Ärzte beim Prozess des Spracherwerbs und der Anerkennung unterstützen, den Kontakt zu Krankenhäusern und Praxen im Kreis herstellen und sie damit im Westerwald halten. Neue Ärzte könnten in Angestelltenverhältnisse in Praxen, MVZs und Kliniken vermittelt werden.

Die Beratungsstelle könnte von der Ansprechpartnerin für ärztliche Versorgung in der Kreisverwaltung mitbetreut werden, so dass keine zusätzlichen Personalmittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Sie profitiert vom engen Kontakt zur Ausländerbehörde, zu den Krankenhäusern und Ärzten im Kreis sowie zu den Ärztinnen im Gesundheitsamt. Auch der Kontakt zu Dolmetschern für notwendige Übersetzungen ist im Gesundheitsamt gewährleistet. Eine Kooperation mit der Fachstelle der Agentur für Arbeit wird aufgebaut.